

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 09.12.2020

Sitzungsort:	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	18:05 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin:	Frau Rothe-Beinlich
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 15.10.2020	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Schutzmaßnahmen gegen die "Zweite Welle" der Coronapandemie Fragesteller: Fraktion AfD, Frau Herold und Herr Schlösser	1699/20

hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung
und Jugend

- 5.2. Kontaktlose Antragstellung im Sozialamt **1996/20**
Fragesteller: Fraktion AfD, Frau Herold und Herr Aust
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung
und Jugend
- 5.3. Folgen eingeschränkter Öffnung des Sozialamtes **1997/20**
Fragesteller: Fraktion AfD, Frau Herold und Herr Aust
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung
und Jugend
6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom **2030/20**
15.10.2020 zum TOP 6.1. - hier: Personelle Situation im
Amt für Soziales, Gesundheitsamt und in der Ausländer-
behörde
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung und Jugend,
Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt
7. Informationen
- 7.1. Vertagung aus der Sitzung vom 15.10.2020 **1314/20**
Aktueller Sachstand Kontakt- und Informationsstelle für
Selbsthilfegruppen - KISS
hier: Information zu neuen Entwicklungen
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung und Jugend

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung. Frau Rothe-Beinlich stellte anschließend die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder, die sachkundigen Bürger und alle Gäste. Des Weiteren verwies Frau Rothe-Beinlich auf das Hygieneschutzkonzept mit den entsprechenden Hygienebestimmungen.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., bat darum, über den aktuellen Stand zum Thema „Alte Parteischule“ unter dem Punkt 7. zu informieren. Dies war auch im Interesse der Ausschussvorsitzenden, Frau Rothe-Beinlich, die dazu im Vorfeld eine schriftliche Anfrage bei der Verwaltung eingereicht hatte. Die Bürgermeisterin sagte eine Information hierzu zu.

Die Tagesordnung wurde sodann einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 15.10.2020

Die Niederschrift wurde wie folgt

genehmigt Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Die Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

5. Behandlung von Anfragen

5.1. Schutzmaßnahmen gegen die "Zweite Welle" der Corona- pandemie Fragesteller: Fraktion AfD, Frau Herold und Herr Schlösser hinzugezogen:

1699/20

Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Frau Herold, Fraktion AfD, fragte nach, ob der Vorratsbestand immer noch so ist wie angegeben sei. Des Weiteren wollte sie wissen, ob von der Stadtverwaltung weiteres Material bestellt wurde und aus welcher Haushaltstelle dies finanziert wird.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke, erklärte, dass im Pandemiestab jede Woche die Bestandslage besprochen und geprüft wird, aktuell genügend Vorrat vorhanden ist und dass die Finanzierung und Abrechnung über die Haushaltsstelle "Beschaffung", wie im Verwaltungshaushalt angegeben, erfolgt.

zur Kenntnis genommen

- 5.2. Kontaktlose Antragstellung im Sozialamt 1996/20**
Fragesteller: Fraktion AfD, Frau Herold und Herr Aust
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Frau Herold, Fraktion AfD, fragte wie sich die Beanspruchung der Leistung im Bereich der kontaktlosen Antragsabwicklung entwickelt hat und wie auf die Bürger eingegangen wird, die diese Angebote nicht annehmen können.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke, erklärte, dass es keine Unterscheidung gibt, ob ein Antrag mündlich, schriftlich oder elektronisch in den Ämtern eingeht, da jede Form der Antragstellung gilt. Sie teilte weiterhin mit, dass die Online-Angebote sehr gut angenommen werden und die Beratungsstellen dies tatkräftig unterstützen.

zur Kenntnis genommen

- 5.3. Folgen eingeschränkter Öffnung des Sozialamtes 1997/20**
Fragesteller: Fraktion AfD, Frau Herold und Herr Aust
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Frau Herold, Fraktion AfD, hatte weitere Nachfragen. Sie bat um Auskunft, wie die potenziellen Antragsteller über die veränderten Kontaktmöglichkeiten informiert wurden und ob es hierzu eine Information im Amtsblatt oder in den sozialen Medien gab.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke, erklärte, dass dies durch Aushänge, über Pressemitteilungen und auch über eine Veröffentlichung im Amtsblatt mitgeteilt wurde.

zur Kenntnis genommen

6. Festlegungen des Ausschusses

- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 2030/20
15.10.2020 zum TOP 6.1. - hier: Personelle Situation im
Amt für Soziales, Gesundheitsamt und in der Ausländer-
behörde
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung und Jugend,
Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt**

Frau Morgenroth, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, fragte nach der Anzahl der aktuell ausgeschriebenen Stellen.

Herr Haß, kommissarischer Leiter des Amtes für Soziales, teilte mit, dass es aktuell eine sehr schlechte Bewerberlage gibt und im Moment ca. 60 Stellen nicht besetzt sind, wovon sich aber zur Zeit 30 Stellen in der Ausschreibung befinden.

Die kommissarische Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Melzer, informierte, dass die Bewerberlage aktuell sehr schlecht ist, insbesondere was die Besetzung der Facharztstellen betrifft.

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, fragte nach der Art der Stellenausschreibung und ob diese intern und extern ausgeschrieben werden und um wie viele Stellen es sich handelt.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke wird diese Frage schriftlich beantworten und die exakten Zahlen nachreichen.

Die Ausschussmitglieder einigten sich im Ergebnis der Diskussion auf folgende Festlegung:

DS 2525/20	In der nächsten Ausschusssitzung sollen die aktuellen Zahlen der personellen Situation und der offenen Stellen im Amt für Soziales, im Gesundheitsamt und in der Ausländerbehörde vorgelegt werden und dabei soll auf folgende Fragen eingegangen werden: Wie viele Stellen wurden exakt ausgeschrieben (intern und extern)? Wie viele Stellen befinden sich im Besetzungsverfahren?
------------	--

	<p>Wie wird die Chance eingeschätzt, dass interne Bewerbungen erfolgreich sind?</p> <p>In Bezug auf die Ausländerbehörde: Wie viele Stellen sind als Haupt-sachbearbeiter und wie viele als Sachbearbeiter va-kant/ausgeschrieben?</p> <p>V.: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend (koordinierend)</p> <p>T.: 11.01.2021</p>
--	---

zur Kenntnis genommen

7. Informationen

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke informierte die Ausschussmitglieder zum aktuellen Sachstand des Objektes "Alte Parteischule".

Die Zollverwaltung und das Bundesfinanzministerium bekundeten ihr Interesse an diesem Objekt, um eine Ausbildungsstelle in der Mitte Deutschlands zu errichten.

Mit dem Eigentümer hat es bereits erste Gespräche im Dezernat Soziales, Bildung, und Jugend mit dem Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung sowie dem Amt für Bildung gegeben, um geeignete Maßnahmen abzustimmen.

Diese Gespräche mit dem Eigentümer fanden bereits im Dezember statt. Dieser ging sehr offen und konstruktiv mit der Stadtverwaltung Erfurt ins Gespräch und versicherte glaubhaft, dass keiner der Mieter zum Jahresende gekündigt wird.

Der Abteilungsleiter Leistung im Sozialamt, teilte mit, dass die Gespräche mit den Verantwortlichen und den Geschäftsführern sehr gut liefen und auch dort wurde noch einmal versichert, dass es keine Kündigung zum 31.12.2020 geben wird. Weiterhin wurde für Anfang Januar ein weiterer Termin vereinbart, um zu klären, wie die Räumung und die Sanierungsarbeiten stattfinden sollen. Der Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wird vorrangig über den aktuellen Sachstand informiert.

Zur Frage, wie viele Menschen von dem Auszug betroffen seien, konnte er momentan keine genauen Informationen geben. Auch zur Frage nach der Anzahl der Ausweichquartiere wird er eine Beantwortung nachreichen. Für einen Teil der Zimmer wurden sog. Beherbergungsverträge mit Firmen abgeschlossen, die sodann dieses Zimmer wieder an Ihre Mitarbeiter vermieten, somit müssten sich grundsätzlich die Firmen selbst um Ausweichquartiere kümmern. Die in den Medien bezeichnet "Kündigung" sei aus Sicht des Eigentümers eher

als ein "Informationsschreiben" zu werten, Hier sei jedoch auch der Eigentümer in der Pflicht, dies aufzuklären.

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich, fragte nach, was mit den Arbeitern ist, die über Ihre Arbeitgeber dort eingemietet sind. Zusätzlich möchte Frau Rothe-Beinlich wissen, wie mit den Familien und den Vereinen umgegangen wird.

Der Abteilungsleiter Leistung kann dazu aktuell keine Auskunft geben.

Herr Haß, kommissarischer Leiter des Amtes für Soziales teilte mit, dass gerade eine Überprüfung der nutzenden Vereine anhand von Listen erfolgt, um zu schauen, welche Gegebenheiten dort vorhanden sind. Die Verträge für Vereine und Verbände können frühestmöglich zum 31.03.2021 gekündigt werden. Es handelt sich hierbei um ca. 18 Vereine, die davon betroffen sind.

Frau Morgenroth, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, fragte nach, wie die Nutzer informiert werden, deren Muttersprache nicht Deutsch ist und wann diese über die Entscheidungen informiert werden.

Der Abteilungsleiter Leistung im Sozialamt bestätigte die Informationen von Frau Hofmann-Domke, dass es nach Aussage des Vermieters keine Kündigungen zum 31.12.2020 geben wird. Alles Weitere wird in den Gesprächen Anfang Januar 2021 mit dem Eigentümer geklärt.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke informierte, dass die Mitarbeiter der zuständigen Ämter mit Unterstützung und Hilfe von Dolmetschern allen Mietern Hilfe anbieten werden. Darüber hinaus wurde bereits durch Vereine und Verbände Unterstützung angeboten. Durch den Eigentümer wurde glaubhaft versichert, dass die vorgesehene Sanierung des Gebäudes "nicht morgen" beginnen wird. Anfragen an Hotels und Pensionen hat es momentan noch nicht gegeben, da die Zeit dafür einfach zu kurz war. Zu den Vereinen und Verbänden hat das zuständige Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung entsprechende Angebote vorgelegt; es werden keiner "im Regen stehen gelassen".

Frau Hantke, Fraktion FDP, bat um Einbindung der Agentur für Arbeit, um auch von dieser Seite Unterstützung für die Betroffenen zu erhalten.

Herr Mroß, Fraktion SPD, führte aus, dass es natürlich eine Herausforderung ist und er Vertrauen in die Stadtverwaltung habe, alle betroffenen Mieter unterzubringen. Eine "Panikmache" sei seiner Meinung nach nicht angezeigt. Des Weiteren sollte eine Richtigstellung des Informationsschreibens über den Vermieter erfolgen. Herr Mroß schlug die Bildung einer "Task Force" vor, um die professionellen Strukturen vom Umzugsmanagement, Amt für Soziales, Jobcenter und der KoWo GmbH zu bündeln, damit den betroffenen Bürgern die vollste Unterstützung gegeben werden kann.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., bat, das Thema fortlaufend in den nächsten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung aufzunehmen um weitere In-

formationen zu erhalten. Frau Stange wollte weiter wissen, wie es mit der Berufsschule (SBB 7), die dort untergebracht ist, weiter geht.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke, informierte über Abstimmungen mit den bildungspolitischen Sprechern. Weitere Schritte werden nach einer Entscheidung durch die Zollverwaltung und des Finanzministeriums geplant. Der Eigentümer wäre auch bereit, eine Containerlösung anzubieten.

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich bei der Verwaltung für das schnelle Handeln.

Frau Morgenroth, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, informierte die Mitglieder des Ausschusses über das Projekt "Faire Mobilität Thüringen". Damit können mehrsprachige Informationen bereitgestellt werden.

Die Ausschussmitglieder einigten sich auf folgende Festlegung:

Drucksache 2527/20	Dem Ausschuss ist der aktuelle Sachstand in Bezug auf die aktuelle Lage für die Bewohner/-innen in der "Alten Parteischule" und die Ergebnisse des Gespräches mit dem Eigentümer vorzulegen. V.: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend T.: 11.01.2021
-------------------------------	---

- 7.1. Vertagung aus der Sitzung vom 15.10.2020 1314/20**
Aktueller Sachstand Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen - KISS
hier: Information zu neuen Entwicklungen
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Frau Melzer, kommissarische Leiterin des Gesundheitsamtes, informierte die Ausschussmitglieder zum aktuellen Sachstand und teilte mit, dass Kontakt zu allen Selbsthilfegruppen, die die Räume im Haus der Sozialen Dienste genutzt haben, aufgenommen wurde.

Es seien aktuell 5 von 32 Selbsthilfegruppen, die Räumlichkeiten im Haus der sozialen Dienste nutzen können. Die weiteren 27 Selbsthilfegruppen können aufgrund der Anzahl der Personen die Räume im Haus der sozialen Dienste derzeit nicht nutzen.

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, fragte nach Möglichkeit digitaler Treffen (Webkonferenzen).

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., bat um erneute Prüfung durch das Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung, welche Gebäude zusätzlich genutzt werden könnten. Als Beispiele nannte sie die Bürgerhäuser, z. B. am Moskauer Platz.

Herr Mroß, Fraktion SPD, bat darüber hinaus um Prüfung der Räumlichkeiten in weiteren öffentlichen Einrichtungen und der sozialen Träger (Seniorenzentren, Stadtteilzentren etc.). Die Stadtverwaltung sollte auch die Möglichkeit für die digitale Betreuung einräumen.

Frau Melzer, kommissarische Leiterin des Gesundheitsamtes, informierte, dass digitale Treffen abgefragt wurden, aber das Interesse der Gruppenleiter/-innen sehr gering war. Die Nutzung von Bürgerhäusern wurde durch den Oberbürgermeister unter Beachtung der Regelungen während der Zeit der Pandemie untersagt. Auch könnten nicht immer hauptamtliche Mitarbeiter vor Ort sein, welche die Einhaltung des Hygienekonzepts überwachen müssten.

Herr Mroß, Fraktion SPD, bat nochmals um Prüfung, inwieweit die städtischen Einrichtungen für die Gruppen genutzt werden können. In diesem Fall sollten entsprechende Verträge geschlossen werden, sodass keine hauptamtlicher Mitarbeiter vor Ort anwesend sein müssten.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke, betonte, dass die Stadtverwaltung gern bereit ist, nach der Corona-Pandemie über diese Fragen zu sprechen, aber die aktuelle Lage gibt dies aufgrund der Kontaktbeschränkungen und der Infektionszahlen nicht her. Sie sagte zu, sobald das wieder möglich ist, die Selbsthilfegruppen zu unterstützen. Insbesondere sollte darauf geachtet werden, dass es sich bei den Personen in den Selbsthilfegruppen häufig auch um einen besonders zu schützenden Personenkreis handelt.

zur Kenntnis genommen

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzende

gez. 
Schriftführer/in